

„Fracking ohne Chancen“

RN 17.02.14

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) gegen umstrittene Gasförderung

BERLIN. Proteste gegen den Ausbau der Stromnetze, Widerstand gegen das umstrittene Fracking zur Erdgasförderung: Über die Tücken der Energiewende sprach unser Berliner Korrespondent Rasmus Buchsteiner mit Barbara Hendricks (SPD), Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

Schwarz-Rot streitet über die Umsetzung der Energiewende: Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer will die Pläne für den Stromnetzausbau erst einmal auf Eis legen. Haben Sie Verständnis für Unmut und Proteste von Bürgern gegen neue Stromautobahnen?

Ich kann gut nachvollziehen, dass es Unmut in der Bevölkerung gegen neue Stromtrassen gibt. Niemand wohnt gerne in der Nähe einer Hochspannungsleitung. Das heißt nicht, dass ich jedes Argument der Gegner teile. Aber es ist gerade die Aufgabe von Politikern, sich den Einwänden der Bürger zu stellen und den notwendigen Moderationsprozess voranzutreiben statt die Planungen komplett auf Eis zu legen. Der Netzausbau ist erst im vergangenen Jahr von Bundestag und Bundesrat beschlossen worden. Es ist unsere Aufgabe, das jetzt auch umzusetzen. Wir müssen entschlossen handeln und sollten uns nicht gleich wieder von unseren eigenen Beschlüssen verabschieden.

Der Netzausbau ist ein mas-

siver Eingriff in Natur und Umwelt. Müsste die Umweltministerin da nicht auf die Barrikaden gehen?

Zum Teil geht es in der Tat um schmerzliche Einschnitte in Natur und Landschaft. Die werden sich auch bei noch so sorgfältiger Planung und Bürgerbeteiligung nicht überall vermeiden lassen. Wir haben es mit einer schwierigen Abwägung zu tun: Ohne den Netzausbau werden wir eine verlässliche Energieversorgung ohne Atom und Kohle in Deutschland nicht sicherstellen können. Wo es möglich ist, sollte auf Erdverkabelung gesetzt werden. Und ein Großteil der Eingriffe wird durch Ausgleichsmaßnahmen an anderer Stelle kompensiert, die dem Schutz der Natur gut tun.

Wie sehr schmerzt Sie als Umweltministerin die Renaissance der Kohle im Zuge der Energiewende?

Kohleverstromung ist für uns nur eine Übergangstechnologie. Wir wollen mehr Gaskraftwerke. Ich halte aber nichts von einem Kohleausstiegsgesetz. Wir benötigen eine marktwirtschaftliche Lösung. Das wird nur funktionieren, wenn wir den Handel mit Verschmutzungszertifikaten reformieren. Die Tonne CO₂ muss wieder einen angemessenen Preis bekommen, dann können sich effiziente Gaskraftwerke am Markt besser behaupten als heute. Die EU-Kommission will das Problem erst 2020 angehen. Das ist viel zu spät. Wir müssen

das spätestens 2016 schaffen. Das Ziel muss sein, zwei Milliarden Zertifikate aus dem Markt zu nehmen. Dann kommen wir wieder zu einem funktionierenden Emissionshandel mit realistischen Preisen.

Thema Atommüll – 26 Castoren werden in den nächsten Jahren aus dem Ausland gerückt nach Deutschland gebracht. Haben Sie dafür mittlerweile die notwendigen Zwischenlager?

Ich bin sehr zuversichtlich, dass die Ministerpräsidenten der betroffenen Länder sich in diesem Frühjahr darüber verständigen werden. Die bisherigen Zusagen aus Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein sind daran gekoppelt, dass sich ein weiteres Land zur Aufnahme bereit erklärt. Gesucht wird ein dritter Standort außerhalb von Niedersachsen. Prinzipiell kommen aber alle Zwischenlager an den Atomkraftwerken als Standort in Frage.

Die USA haben sich mit Hilfe von Fracking weitgehend unabhängig von Gas-Importen gemacht. Die Wirtschaft fordert, dass diese Technologie auch in Deutschland eine Chance erhält. Wie wird die große Koalition mit dem Thema umgehen?

Wir haben uns in der Koalitionsvereinbarung dagegen ausgesprochen, das sogenannte Fracking zu erlauben, solange es dafür notwendig ist, Chemikalien in die Erde zu verpressen. Und es gibt zur

Zeit nirgendwo auf der Welt ein Fracking, das ohne Chemikalien auskäme. Es ist faktisch ein Moratorium. Daneben wollen wir, dass die bergrechtlichen Genehmigungen, nach denen über Fracking-Vorhaben zu entscheiden wäre, grundsätzlich mit einer Umweltverträglichkeitsprüfung verbunden werden müssen. Wir werden daher noch in diesem Jahr eine Initiative zur Änderung des Bergrechts ergreifen. Außerdem werden wir das Wasserhaushaltsgesetz entsprechend ändern. Zudem ist die räumliche Gliederung von Europa völlig anders als in den USA. Was man in den USA kann, ist im Westmünsterland oder am Niederrhein in vergleichbarer Weise nicht machbar. Ich sehe für die Zukunft keine Chancen für Fracking in Deutschland.

In der Abstimmung über den neuen Genmais 1507 in Brüssel hat sich Deutschland enthalten. Kritiker werfen Schwarz-Rot vor, sich zum Handlanger der großen Saatgutkonzerne zu machen und die Zulassung ermöglicht zu haben. Wie reagieren Sie?

Meine Position in dieser Frage war von Anfang klar: Ich lehne die Zulassung dieser neuen Maissorte ab. Leider haben wir dazu innerhalb der Bundesregierung keine gemeinsame Haltung finden können. Wenn es eine Zulassung gibt, bin ich dafür, dass die Bundesländer selbst über den Anbau entscheiden können.